

VIII. Zusammenfassung der saarländischen Elektrizitätsversorgung: Aufstieg der VSE zum Landesversorgungsunternehmen

1. Politische und wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes

Wirtschaftliche Lage und besondere politische Situation des Saarlandes unter dem Regime Johannes Hoffmann mit Einschränkung von freier Meinungsäußerung und dem Verbot oppositioneller Parteien schufen ein gespanntes innenpolitisches Klima und führten zu zahlreichen Verhandlungsrunden zwischen Frankreich und Deutschland über das künftige Schicksal des Saarlandes. Am 23. Oktober 1954 unterzeichneten der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France ein von Unklarheiten nicht freies Statut, wonach das Saarland einen europäischen Status erhalten sollte¹. Französische Nationalversammlung und Deutscher Bundestag billigten das Statut Ende 1954 und Anfang 1955. Nach einem emotional und leidenschaftlich geführten Wahlkampf kam es zum „Wunder an der Saar“²: Bei sehr hoher Wahlbeteiligung von 97,5% lehnten 67,5% der Wähler das Statut am 23. Oktober 1955 in einer Volksbefragung, dem sogenannten Referendum, ab. Verhandlungen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Frankreich führten am 27. Oktober 1956 zum Abschluß des deutsch französischen Saarvertrages in Luxemburg. Die politische Rückgliederung des Saarlandes an Deutschland erfolgte am 01. Januar 1957, während die Währungs- und Wirtschaftsunion mit Frankreich bis spätestens 31. Dezember 1959 dauern sollte. Im Verlauf der dreijährigen Übergangszeit waren saarländische Waren (mit bestimmten Ausnahmen) von Zöllen und Umsatzausgleichsteuer in der Bundesrepublik befreit. Von der saarländischen Wirtschaft besonders begrüßt wurde die Vereinbarung, daß Investitionsgüter zollfrei aus der Bundesrepublik in das Saarland eingeführt werden konnten³, worunter auch die technische Ausstattung des geplanten Kraftwerk Endorf der VSE fiel. Artikel 48,3 des Vertrages führte in Anlage 14 ausdrücklich „den Bau eines neuen Wärmekraftwerkes mit einer Leistung von 240.000 kW“ auf⁴.

Die Zeit zwischen politischer und wirtschaftlicher Rückgliederung des Saarlandes warf zunehmend wirtschaftliche Schwierigkeiten auf. Sorgen der Bevölkerung um Wahrung des sozialen Besitzstandes und eine nicht im erhofften Umfang gelungene Umorientierung der Saarwirtschaft vom französischen auf den deutschen Markt erforderten erhebliche Bundesmittel zur Unterstützung. Teilabwertungen des französischen Franc im August 1957 und Ende 1958 ließen ein rasches Ende der Übergangszeit immer dringlicher erscheinen⁵. Als vorzeitiger Endpunkt der Übergangsphase wurde der

1 Herrmann (1972), S. 51; vgl. allgemein Dischler (1957).

2 So der Titel des gleichnamigen Buches von Heinrich Schneider (1974), Vorsitzender der DPS.

3 Müller, Probleme der Wirtschaftsstruktur (1967), S. 16; Herrmann (1972), S. 54.

4 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und französischer Republik (1956), S. 311.

5 Herrmann (1972), S. 72f.